

Ä1 Viel mehr als Provinz! Starke politische Bildung in strukturschwachen ländlichen Räumen

Antragsteller*in: KV Unstrut-Hainich-Kreis

Änderungsantrag zu B3

Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

vorhanden sind. Auch Strukturen zur Stärkung der Jugendbeteiligung, wie Jugendparlamente oder -beiräte, müssen mitgedacht werden.

Darüber hinaus können reine Freizeitveranstaltungen, bspw. Konzerte, Sport-Events oder Märkte, durchgeführt werden, auf denen Informationsstände aufgebaut und politische Bildung in allen Varianten mit angeboten werden.

Ä3 Viel mehr als Provinz! Starke politische Bildung in strukturschwachen ländlichen Räumen

Antragsteller*in: KV Erfurt

Änderungsantrag zu B3

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

Vernetzungen zwischen ländlichen Gebieten zu ermöglichen und politische Bildungsveranstaltungen inklusiver zu gestalten. Desweiteren fordern wir die Schaffung/ Ausweitung von Stellen zur Unterstützung der Antragstellungen dieser Fördermittel.

Begründung

Gerade kleinere Kommunen haben mit ehrenamtlichen Kreis-/gemeinderät:innen nicht die Chance, Fördermittelanträge formell korrekt oder mit gleichem Umgang zu bearbeiten wie größere Kommunen mit vollausgestatteten Planungsämtern. Ohne diese Unterstützung zur Planung kommen schlimmstenfalls die Fördermittel am Ende doch nur wieder in größeren Kommunen abseits des ländlichen Raumes an.

Ä4 Viel mehr als Provinz! Starke politische Bildung in strukturschwachen ländlichen Räumen

Antragsteller*in: KV Erfurt

Änderungsantrag zu B3

Von Zeile 4 bis 6 löschen:

werden, und Strukturen geschaffen werden in Bereichen, in denen noch keine vorhanden sind. Auch Strukturen zur Stärkung der Jugendbeteiligung, ~~wie Jugendparlamente oder -beiräte~~, müssen mitgedacht werden.

Begründung

Jugendliche sollen sich frei von bestehenden Formen der Jugendbeteiligung in anderen Orten entscheiden können, auf welche Form der Partizipation Sie wert legen. Sie genannten Beispiele sind per se nicht schlecht, aber die Vorgabe durch das erwähnen kann als darauf einschränkend ausgelegt werden.

Ä1 Einführung eines „Kann-Schuljahres“ in außerordentlichen Situationen

Antragsteller*in: KV Jena

Änderungsantrag zu B4

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:

Fällen an allen Thüringer Schulen die Option eines „Kann-Schuljahres“ etabliert werden, bei dem die Schüler:innen ab 14. Jahren selbst entscheiden, ob das betroffene Schuljahr als ein reguläres Schuljahr gezählt wird oder nicht und das nicht im Zeugnis oder ähnlichen Dokumenten vermerkt wird.

Ä2 Einführung eines „Kann-Schuljahres“ in außerordentlichen Situationen

Antragsteller*in: KV Greiz

Änderungsantrag zu B4

Von Zeile 3 bis 5:

entgegenzuwirken. In Absprache mit dem zuständigen Ministerium soll in solchen Fällen an allen Thüringer Schulen die Option eines „~~Kann-Schuljahres~~“ nicht anzurechnenden Schuljahres etabliert werden, bei dem die Schüler:innen selbst entscheiden, ob das betroffene

Nach Zeile 6 einfügen:

Daher fordern wir:

- unkomplizierte Nichtanrechnung des Schuljahres ohne Nachweise oder Voraussetzungen, für alle, die es wollen
- die Möglichkeit alle Prüfungsergebnisse ohne Begründung abzulehnen und im selben Versuch nochmal zu schreiben, außer bei Täuschungen
- Aussetzung von Fristen zur Wiederholung von Prüfungen, z.B. beim Drittversuch

Begründung

Wir finden den Ausdruck „Kann-Schuljahr“ und die Forderung zu ungenau.

Ä1 Für frühzeitige und umfassende Schüler*innenmitwirkung

Antragsteller*in: KV Greiz

Änderungsantrag zu B7

Von Zeile 1 bis 3 einfügen:

Wir fordern eine umfassende Demokratisierung der Unterrichts- und Schulkultur an allen allgemeinbildenden Schulen. In Grundschulen sollen Entscheidungen basisdemokratisch getroffen werden. Die 2019 von der Thüringer Landesregierung beschlossene “Landesstrategie Mitbestimmung junger Menschen” soll umgesetzt

Begründung

Laut Begründung haben wir, es so verstanden, dass auch ab der 1. Klasse ein/e Klassensprecher:in gewählt wird, die/der dann die Klasse vertritt und Ansprechperson ist. Wir finden, dass Entscheidungen in Grundschulen basisdemokratisch getroffen werden sollten, da die Vertretung einer gesamten Klasse für Schüler:innen zusätzlicher Stress bedeutet.

Ä1 Update für digitale Schulen in Thüringen

Antragsteller*in: KV Ilm-Kreis

Änderungsantrag zu B10

Von Zeile 6 bis 7 einfügen:

Schule rasch auszubauen und allen Schulen zusätzliche, professionelle IT-Administrator*innen an die Seite zu stellen. Zudem müssen die Schulträger:innen verpflichtet werden diese Mittel abzurufen um den Investitionsstau in den Schulen abzubauen. Dabei muss eine Koordinierungsstelle beim TMBJS geschaffen werden , die den Schulträger:innen beim Antragsverfahren und Umsetzung unterstützt.

Begründung

Neben den recht komplizierten Vergabe- und Antragsverfahren liegt es auch den Schulträger:innen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht abgerufen werden. Das hat unterschiedliche Gründe, oftmals fehlt das Personal und Know-How bei den Schulträger:innen. Es liegt im Interesse des Freistaates und des TMBJS, dass die Schulen und die Lehre digitaler werden, deshalb muss das Land bei dem Antragsverfahren unterstützen, um die dringend benötigten Investitionen zu beschleunigen.

Ä2 Update für digitale Schulen in Thüringen

Antragsteller*in: KV Ilm-Kreis

Änderungsantrag zu B10

Von Zeile 1 bis 2:

Wir fordern vom Thüringer Ministerium für ~~Jugend, Bildung~~Bildung, Jugend und Sport (kurz: TMBJS) sowie dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien die

Begründung

<https://bildung.thueringen.de/>

Ä3 Update für digitale Schulen in Thüringen

Antragsteller*in: KV Kyffhäuserkreis

Änderungsantrag zu B10

Von Zeile 1 bis 3 einfügen:

Wir fordern vom Thüringer Ministerium für Jugend, Bildung und Sport sowie dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien und vom Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (TMWWDG) die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften konsequent auf digitale Lern- und

Begründung

Das TMWWDG ist für die im Antrag angesprochene Ausbildung der Lehrkräfte als oberste Landesbehörde für die Universitäten zuständig.

Ä1 Gute Politik vor Machtpolitik - Einheit in der Bildungspolitik durch ein Referendum

Antragsteller*in: KV Unstrut-Hainich-Kreis

Änderungsantrag zu B12NEU

Von Zeile 7 bis 8 einfügen:

Kräftemessen zwischen den Bundesländern mehr geben, wo das eine angeblich die besseren Abschlüsse hat als das andere.

Deshalb fordern wir, die Jusos Thüringen, ein verbindliches Referendum der Kultusministerkonferenz bis 31.12.2022 zu genau diesen Thema, in dem - vergleichbar mit den Credit Points in Bachelor- und Master-Studiengängen - einheitliche Vorgaben für Aufgabenstellungen, Punktesysteme und Leitlinien für die Schulabschlüsse festgelegt werden sollen.

Ä1 Thüringer Landesantidiskriminierungs- und Beweiserleichterungsgesetz (LADBG)

Antragsteller*in: KV Weimar/Weimarer Land

Änderungsantrag zu C2

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

Die SPD in Thüringen wird sich für die Einführung eines Landesantidiskriminierungs- und Beweiserleichterungsgesetz einsetzen.

Im Zuge dessen werden folgende Punkte gesetzlich geregelt:

- Verlagerung von Ansprüchen aus Thüringer Staatshaftungsnormen an die Verwaltungsgerichte.
- Einführung einer Beweiserleichterung bei schlüssigem Klagevorbringen dergestalt, dass der Freistaat die individuelle Maßnahme begründen und rechtfertigen muss. Dabei sollen auch maßgebliche behördeninterne Entscheidungsprozesse offengelegt werden.
- Bodycams werden umfassend eingesetzt. Ihre Verwendung ist verpflichtend für den Fall des unmittelbaren Zwangs eingesetzt wird.
- Wurden während eines Einsatzes Beweismittel angefertigt (Bodycam etc.) oder hätten während eines Einsatzes Beweismittel angefertigt werden müssen, die aufgrund eines Verschuldens der Behörde im Verfahren nicht verfügbar sind, gelten die Tatsachen, die sie beweisen sollten zu Lasten des Freistaates als zugestanden. Gleiches gilt für die Erhebung von Beweismitteln.

Ä1 Soli 2.0 – Solidarität brauchen wir mehr denn jeh.

Antragsteller*in: KV Weimar/Weimarer Land

Ä2 Soli 2.0 – Solidarität brauchen wir mehr denn jeh.

Antragsteller*in: KV Erfurt

Änderungsantrag zu E2

Von Zeile 12 bis 14:

entsprechende derer der Soli eingerichtet worden war, mittlerweile nicht mehr daran festmachen, ob sich um eine Region in ~~den alten~~Ost oder ~~den neuen Bundesländern~~West handelt.

Begründung

alte und neue Bundesländer sind Begriffe, die in den westdeutschen Bundesländern zur Wende geprägt wurden. Sie drücken immer ein Selbst- und Fremdverständnis der Menschen in den jeweiligen Bundesländern aus, welches die Kämpfe der ostdeutschen gegen die SED-Diktatur als einen gemeinsamen Kampf versteht und den Ostdeutschen Stiefmütter-/väterlich dazu degradiert, ja erst jetzt Demokratie gelernt zu haben.

Ä1 Man(n) schlägt nie aus Liebe – Femizid benennen und dagegen vorgehen!

Antragsteller*in: KV Weimar/Weimarer Land

Änderungsantrag zu F1

Von Zeile 1 bis 7:

Immer wieder kommt es zu geschlechtsspezifischen Tötungen von ~~Frauen und Mädchen~~weiblich gelesenen Personen, dem Femizid. Femizid ist die allgemeine Bezeichnung vorsätzlicher Morde an ~~Frauen~~, ~~weil sie Frauen sind~~weiblich gelesenen Personen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität. Es ist eine Form der Hasskriminalität und wird in den meisten Fällen von den (Ex-)~~Partnern~~Partner:innen begangen oder sie basiert auf anhaltenden Misshandlungen, Bedrohungen, Einschüchterungen oder sexueller Gewalt sowie auf Situationen in welchen ~~Frauen~~weibliche gelesene Personen weniger Macht oder Ressourcen haben als ihre Partner:innen.

Ä2 Man(n) schlägt nie aus Liebe – Femizid benennen und dagegen vorgehen!

Antragsteller*in: KV Jena

Änderungsantrag zu F1

Von Zeile 1 bis 3:

Immer wieder kommt es zu geschlechtsspezifischen Tötungen von Frauen und Mädchen, dem Femizid. Femizid ist die allgemeine Bezeichnung ~~vorsätzlicher Morde~~ von Morden an Frauen, weil sie Frauen sind. Es ist eine Form der Hasskriminalität und wird

Begründung

Morde sind immer vorsätzlich.

Ä1 Trans Frauen sind Frauen – Trans Männer sind Männer

Antragsteller*in: KV Weimar/Weimarer Land

Änderungsantrag zu F2

Von Zeile 1 bis 5:

~~Die Jusos Erfurt erklären sich dazu bereit, bei zukünftigen Publikationen, Anträgen, Blogbeiträgen etc. auf das „Mitgemeint-Sternchen“ am Ende eines Wortes, das sogenannte „Asterisk“, zu verzichten. Aus Frauen* oder Männer* wird demnach Frauen bzw. trans Frauen oder Männer bzw. trans Männer. Nicht binäre Menschen und genderfluide Personen werden konkret genannt.~~ Die Jusos Thüringen erklären sich dazu bereit, bei zukünftigen Publikationen, Anträgen, Blogbeiträgen etc. das „Mitgemeint-Sternchen“ am Ende eines Wortes, das sogenannte „Asterisk“, zu vermeiden. Wir als Jusos Thüringen sind uns bewusst, dass Geschlecht fließend ist. Wir möchten das binäre Grundverständnis, welches immer noch vorherrscht, überwinden, und dies sollte sich auch in unserer Sprache zeigen. Doch lediglich an binäre Worte einen Asterisk („Mitgemeint-Sternchen“) anzufügen und damit ein weites Feld des geschlechtlichen Spektrums „mitzumeinen“ reicht nicht aus. Wir möchten uns zukünftig um eine möglichst genaue Bezeichnung der gemeinten Menschen bemühen (z.B. statt „Frauen*“: weiblich gelesene Personen, nicht binäre Menschen, Femmes, genderfluide Personen, etc.). Da Geschlecht aber prinzipiell individuell zu betrachten ist und trans nicht zwangsläufig gleich trans bedeutet, wird die übliche Bezeichnung mit dem Asterisk oder Genderdoppelpunkt am Ende beibehalten: Trans:Frauen.

Ä2 Trans Frauen sind Frauen – Trans Männer sind Männer

Antragsteller*in: KV Jena

Änderungsantrag zu F2

Von Zeile 1 bis 2:

Die Jusos ~~Erfurt~~Thüringen erklären sich dazu bereit, bei zukünftigen Publikationen, Anträgen, Blogbeiträgen etc. auf das „Mitgemeint-Sternchen“ am Ende eines

Ä1 Still loving Azubiticket.

Antragsteller*in: KV Greiz

Änderungsantrag zu M2

Von Zeile 16 bis 18:

50 € Monatskosten für die Auszubildenden unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Die entstehenden Kosten sollen **dagegen** in gleichen Teilen durch die **Unternehmen** jeweilige Kommune und **Betriebe** dem Land getragen werden. Als Arbeitgeber:innen müssen sie sich stärker für ihre

Begründung

Wir finden, dass wir die mittelständischen Firmen, gerade auf dem Land, unterstützen müssen, weil sie einen großen Beitrag zur Aufgabe des Staates bei der Infrastruktur beitragen.

PS: Still loving Azubiticket! :D

Ä1 Jugendticket für junge Menschen in Thüringen

Antragsteller*in: KV Jena

Änderungsantrag zu M3

Von Zeile 1 bis 3 einfügen:

Wir fordern die Landesregierung auf, das Azubi-Ticket zu einem Jugend-Ticket weiterzuentwickeln. Dieses soll Schüler*innen und Auszubildenden, Studierende sowie Volontär*innen und Freiwilligendienstleistenden ermöglichen, für 365 Euro im

Ä3 Jugendticket für junge Menschen in Thüringen

Antragsteller*in: KV Erfurt

Änderungsantrag zu M3

Nach Zeile 7 einfügen:

Unser Ziel bleibt weiterhin ein kostenfreier ÖPNV/SPNV für Alle, mindestens aber für alle prekarierten Einkommensgruppen.

Ä4 Jugendticket für junge Menschen in Thüringen

Antragsteller*in: KV Greiz

Änderungsantrag zu M3

Von Zeile 1 bis 4:

Wir fordern die Landesregierung auf, das Azubi-Ticket zu einem Jugend-Ticket weiterzuentwickeln. Dieses soll **Schüler*innen**Schüler:innen, Auszubildenden und **Auszubildenden**Studierenden, sowie Volontär*innen und Freiwilligendienstleistenden ermöglichen, für 365 Euro im Jahr den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen.

Begründung

Wir finden, dass auch Studierende außerhalb von Thüringen berücksichtigt werden sollten.

Ä5 Jugendticket für junge Menschen in Thüringen

Antragsteller*in: KV Erfurt

Änderungsantrag zu M3

Von Zeile 1 bis 4:

Wir fordern die Landesregierung auf, das Azubi-Ticket zu einem Jugend-Ticket weiterzuentwickeln. Dieses soll ~~Schüler*innen und Auszubildenden~~ Jugendlichen bis 27 Jahren zustehen, sowie ~~Volontär*innen~~ Schüler:innen, Auszubildenden, Volontär:innen und Freiwilligendienstleistenden ermöglichen, für 365 Euro im Jahr den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen.

Begründung

Echtes Jugendticket, frei von der Frage der Beschäftigungsart.

Ä1 Grundbedürfnisse II

Antragsteller*in: KV Jena

Änderungsantrag zu S2

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

Die Jusos Thüringen fordern eine gesetzliche Verpflichtung zur kostenlosen Bereitstellung von Trinkwasser und Brot in allen gastronomischen Betrieben.

Ä2 Grundbedürfnisse II

Antragsteller*in: KV Unstrut-Hainich-Kreis

Änderungsantrag zu S2

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

Die Jusos Thüringen fordern eine gesetzliche Verpflichtung zur kostenlosen Bereitstellung von Trinkwasser in allen gastronomischen Betrieben zum direkten Verzehr an Ort und Stelle.

Begründung

Dieser Antrag sollte dringend eine Mengenangabe enthalten.

Ä1 Rundfunkbeitrag Fairteilen!

Antragsteller*in: KV Erfurt

Änderungsantrag zu S3

Nach Zeile 2 einfügen:

Der Beitrag soll progressiv ansteigen, wenn das Medianeinkommen erreicht ist.

Begründung

Echte Fairteilung bedeutet für uns auch, dass "starke Schultern stärkere Lasten" tragen können.

Ä2 Rundfunkbeitrag Fairteilen!

Antragsteller*in: KV Greiz

Änderungsantrag zu S3

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

Die Jusos Thüringen fordern, Menschen ohne Bruttoeinkommen oberhalb der Armutsgrenze grundsätzlich vom Rundfunkbeitrag auszunehmen.

Zudem fordern wir die Erstellung einer Studie, inwieweit fehlende Gelder ausgeglichen werden müssen und die daraus folgende eventuelle Ausglei chung an Mitteln.

Begründung

Wir finden, dass fehlende Gelder, falls notwendig, ausgeglichen werden müssen um die Qualität und Unabhängigkeit zu erhalten.

Ä1 Mikroplastik – bis zum offiziellen Verbot zumindest Kennzeichnung

Antragsteller*in: KV Greiz

Änderungsantrag zu U3

Von Zeile 3 bis 4 einfügen:

in allzu naher Zukunft gesetzlich festgelegt und umgesetzt werden wird, fordern wir als ersten Schritt die Kennzeichnung von flüssigen und festen Mikroplastik auf den Produkten. Auf den Produkten muss stehen, ob Mikroplastik bei der Produktion zum Einsatz gekommen ist, sich Mikroplastik im Produkt selbst befindet und ob Mikroplastik bei der Verwendung des Produkts entsteht.

Begründung

Wir finden diese Ergänzung wichtig, da Firmen sonst selbst definieren können, was Mikroplastik heißt.

Ä1 Pfand gehört daneben – Lebensmittel auch!

Antragsteller*in: KV Jena

Änderungsantrag zu U5

Von Zeile 4 bis 6 löschen:

die eine legale und nachhaltige Verwendung von Lebensmitteln ermöglicht, die für den Verkauf in den Supermärkten aussortiert wurden. ~~Ebenfalls soll eine Spendenpflicht der Supermärkte an die Tafeln gesetzlich geregelt werden.~~

Ä2 Pfand gehört daneben – Lebensmittel auch!

Antragsteller*in: KV Erfurt

Änderungsantrag zu U5

Von Zeile 4 bis 6:

die eine legale und nachhaltige Verwendung von Lebensmitteln ermöglicht, die für den Verkauf in den Supermärkten aussortiert wurden. ~~Ebenfalls soll eine Spendenpflicht der Supermärkte an die Tafeln gesetzlich geregelt werden.~~ Ebenfalls soll eine Spendenpflicht der Supermärkte an die Tafeln, andere gemeinnützige Organisationen oder lokale und regionale Lebensmitteldepots gesetzlich geregelt werden.

Ä3 Pfand gehört daneben – Lebensmittel auch!

Antragsteller*in: KV Nordhausen

Änderungsantrag zu U5

Von Zeile 3 bis 6:

darf, entsprechend zu reagieren. Es sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine legale und nachhaltige Verwendung von Lebensmitteln ermöglicht, ~~die für den Verkauf in den Supermärkten aussortiert wurden. Ebenfalls soll eine Spendenpflicht der Supermärkte an die Tafeln gesetzlich geregelt werden.~~

Des Weiteren fordern wir, ein Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung nach dem Vorbild Frankreichs zu beschließen. Dort werden Supermärkte ab einer Verkaufsfläche von 400 Quadratmetern verpflichtet, noch genießbare aber nicht mehr für den Verkauf geeignete Lebensmittel an Wohltätigkeitsorganisationen zu spenden. Die Prüfpflicht muss allerdings weiterhin bei den Supermärkten liegen, um die Arbeit der Wohltätigkeitsorganisationen nicht zu erschweren.

Begründung

Lediglich eine Ergänzung im Sinne des Antrages.

Ä1 Satellitenbetreiber an den Kosten von Weltraumschrott beteiligen

Antragsteller*in: KV Nordhausen

Änderungsantrag zu U6NEU

Von Zeile 1 bis 3:

Die Jusos Thüringen fordern, dass Satelliten-Betreiber*innen mit einem Teil (5%) ~~ihrer erwirtschafteten Gewinne~~ ihres Umsatzes die Erforschung von Lösungen zur Entfernung von Weltraumschrott aus dem Orbit finanzieren müssen. Hierbei soll die OECD die

Begründung

Gewinne lassen sich kleinrechnen. Der Teil des Umsatzes wäre hier besser geeignet, um die notwendige Forschung zu finanzieren.